

# Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erhebt Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freihebend für den Monat eine Goldmark.  
Schreibkeller: Johannes Särchen, Baruth (Markt).  
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.  
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebühres.  
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreispaltige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach anverm. Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.  
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 33

Dienstag, den 18. März

1930

## Primo de Rivera †

Nach einer Meldung aus Paris ist der vormalige spanische Ministerpräsident, General Primo de Rivera, dort im Alter von 60 Jahren an einer Embolie gestorben.  
General Primo de Rivera, der als spanischer Diktator sehr erfolgreich zum Wiedereinsetzen Spaniens beigetragen hatte, ist vor einigen Monaten gezeichnet worden. Er hat sich große Verdienste während seiner Tätigkeit als spanischer Ministerpräsident um die innere Befriedung Spaniens erworben, und es war auch sein Verdienst, daß die spanische Wirtschaft sehr stark gefördert wurde.

Der am Sonntag plötzlich verstorbenen Primo de Rivera ist 1871 als Sohn des Marschalls Primo de Rivera geboren. Im Alter von 30 Jahren war er schon General. Von 1917 bis 1921 war er Senator und vertrat damals den Standpunkt der Aufgabe Marokkos. Er war zuletzt Generalkapitän in Barcelona, als er Mitte September 1923 an die Spitze der Militärrevolution trat, die die bestehende parlamentarische Regierung verjagte und eine Militärregierung einsetzte mit der Absicht, dem durch die parlamentarischen Mißbräuche mitgenommenen Lande wieder aufzuhelfen. Anfang Dezember 1925 bildete Primo das nur aus Generalen bestehende Direktorium in ein Kabinett um, in dem er selbst den Vorsitz führte.

Im Frühjahr 1928 ließ es zum ersten Male, Primo sei antismisch. Nachdem im September 1928 eine neue Militärverfassung aufgedacht war, kam es Anfang Februar 1929 in mehreren spanischen Städten zu einer neuen Revolte gegen die Diktatur. Der Aufstand wurde niedergeschlagen; nachdem Primo mit seinem Rücktritt gedroht hatte, gab ihm der König neue militärische Vollmachten. Durch königlichen Erlass wurde die Artillerieschule von Segovia aufgelöst. Nach wiederholten Rücktrittsanträgen erfolgte der endgültige Rücktritt Primos zu Anfang dieses Jahres, worauf am 30. Januar die endgültige Zusammensetzung des neuen spanischen Kabinetts erfolgte.

## Die Feier des Volkstrauertages im Reichstag.

Berlin. Am Sonntag fanden im ganzen Reiche die Beerdigungen aus Anlaß des Volkstrauertages statt. Besondere Bedeutung kam der Feldgedenfeier des Volkshundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge am Sonntag mittig im Reichstag zu. An dieser Feier nahm auch Reichspräsident v. Hindenburg, begleitet vom Reichsinnenminister Severing und dem Vizepräsidenten des Reichstages, Effer, und v. Kardorff, sowie den Chefs der Seeres- und Marineleitung teil.

Die Gedächtnisfeier der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Geheimerat Dr. Kahl. Er führte u. a. aus, daß wir am Volkstrauertage der Toten des Weltkrieges nicht mit weichesim Sinn, sondern mit starker Entschlossenheit heiligen Opfermutes und unerschütterlichen Glaubens an eine deutsche Zukunft gedenken. Der Redner schloß: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an“ und bemerkte dann noch, in der Einstellung zum Vaterland möge manches uns trennen, in der Einstellung zum Vaterland dürfe uns nichts trennen. So sei der Volkstrauertag zugleich ein Tag des Gedenkens und des Befremtisses zum Vaterland.

## Die deutsche Jugend gegen den Young-Plan.

Am Sonntag vormittag fand im Krügervereinshaus in Berlin die große Kundgebung der deutschen Jugend gegen den Young-Plan und Polenvertrag statt. Sämtliche beteiligten 60 Jugendbünde und Studentenverbände hatten Abordnungen entsandt. Die Kundgebung fand unter dem Zeichen der Schwarzen Fähen. Um ihren Freiheitswillen in Weichslosigkeit zum Ausdruck zu bringen, hatten die Verbände ihre vielgestaltigen Wimpel durch das vereinigte liegende schwarze Tuch erhebt. Die Veranstaltung begann mit dem Gesang des Liedes „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“. Alsdann verlas ein Mitglied des Bundes der Fahrenden Gelellen eine Erklärung, die allen fremden Vorkriegern und Gesandten zugegangen ist. Diese Erklärung besagt, daß die deutsche Jugend nie und nimmermehr die Young-Verfäwung und das Polenabkommen anerkennen könne.

Nach der Verlesung forderte der Sprecher die Jugendlichen auf, zu geloben, sich niemals an Versailles Diktat, Locarno-Vertrag, Neuen Plan und Polenvertrag gebunden zu fühlen, allezeit in Aufrucht gegen diese Verträge zu stehen, solange sie das deutsche Volk in Ketten schlagen, und immerdar kämpfend für Deutschlands Freiheit bleiben zu wollen. Spontan antwortete die Jugend: „Ja, das wollen wir.“ Der Sprecher fuhr fort: So werden wir Deutschlands Ketten sprengen, wenn der Tag dazu reif sein wird. Wir werden diese Urkunden der Schande jetzt vernichten und unter dem Ruf: „Fluch dem Versailles Diktat, hinweg mit dem Locarno-Vertrag, zerfließen seien Neuen Plan und Polenvertrag!“ zerriß er der Reihe nach die Texte dieser Verträge.

## S. P. D. - Erinnerungsfest an den Rapp-Putsch.

Auf einer Massenkundgebung der S. P. D. zur Erinnerung an den Rapp-Putsch in Berlin, betonte Reichsinnenminister Severing, vor zehn Jahren habe die deutsche Arbeitererschaft die Anschläge von gewissen Agenten auf die junge Republik zurückgewiesen. Diese Feinde sei kein Einzelkämpfer, der Arbeiterchaft ständen im Gegenteil noch schwere Kämpfe bevor. Der Parteivorsitzende Weis schloß die Rede mit dem Hinweis auf die Vorgänge während des Rapp-Putsches.

## Der Reichszankler über die Auswirkungen des Young-Plans.

Stuttgart. Reichszankler Hermann Müller hat sich einem Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ gegenüber über die wahrscheinlichen Auswirkungen des Young-Plans geäußert.

Auf die Frage, welche unmittelbaren Folgen die Annahme des Young-Plans haben könne, antwortete der Zankler: Bevor der Young-Plan tatsächlich rechtswirksam wird, muß die Inkraftsetzung der auf ihm beruhenden Gesetze auch in Belgien, England, Frankreich und Italien, erfolgt sein. Es ist anzunehmen, daß die Beschlußfassung über die betreffenden Gesetze in den Parlamenten dieser Staaten bald erfolgen wird.

Die Durchführung des Young-Plans ist im übrigen nur möglich,

wenn die Zusammenarbeit der beteiligten Staaten im Sinne und Geiste dieses Planes erfolgen wird. Nach der Ratifizierung der Young-Gesetze in den genannten Staaten wird auch die Bank für internationale Zahlungen, die ihren Sitz in Basel haben soll, errichtet werden.

Auf die weitere Frage, welche wirtschaftlichen Folgen eintreten würden, erwiderte Reichszankler Müller: Nach den Haager Abmachungen wird die Reparationsanleihe nach Inkrafttreten des Young-Planes ausgeben werden. Im Zusammenhang damit soll eine deutsche Anleihe der Post und Eisenbahn zur Ausgabe gelangen. Diese und die Kreuzer-Anleihe, deren Wirksamkeit ebenfalls an die Annahme des Young-Planes gebunden ist, werden Kapital nach Deutschland bringen, was zur

Anturlage des so schwer daniederliegenden deutschen Wirtschaftslebens

beitragen wird. Es ist ferner zu erwarten, daß nach Inkrafttreten der Young-Gesetze und des gleichzeitig abgeschlossenen deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens Kapital in stärkerem Maße der deutschen Wirtschaft zufließen wird. Ich hoffe, daß es dadurch gelingen wird, einen großen Teil der Arbeitslosen wieder in das produktive Wirtschaftsleben zurückzuführen.

Auf die weitere Frage, ob durch die Zufuhr ausländischen Kapitals der deutschen Wirtschaft auf die Dauer geholfen werde, jagte der Zankler: Nein, wir müssen uns klar darüber sein, daß

der deutschen Wirtschaft mit der ausländischen Kapitalzufuhr allein auf die Dauer nicht geholfen

werden kann, sondern daß die Kapitalbildung im eigenen Lande ausschlaggebend für die Gesundung der deutschen Wirtschaft sein wird. Wenn das Vertrauen zu einer friedlichen, ruhigen und tätigen Entwicklung erst wieder da ist, so wird das die Kapitalbildung im eigenen Lande stark fördern und ausgewandertes deutsches Kapital zurückführen.

Der deutsche Außenhandel im Februar 1930 zeigt einerseits eine Ausfuhr von 1026,3 (Januar 1092,3) Mill. RM, und andererseits eine Einfuhr von nur 981,6 Mill. RM. (1294,9 Mill. RM.). Der tatsächliche Ausfuhrüberschuss im Februar ist jedoch um fast 50 Mill. RM. höher, da die Einfuhrzahl noch nachträgliche Zollabrechnungen für 1929 in Höhe von 101 Mill. RM. (Januar 223 Mill. RM.) enthält, denen ein in der Einfuhrzahl nicht enthaltener Zollabrechnungsverkehr für Februar von schätzungsweise 50 Mill. RM. gegenübersteht. Der Anteil der Reparationsnachlieferungen an der Ausfuhr im Februar beträgt 64,5 Mill. RM. (Januar 58,8 Mill. RM.). Unter Abzug dieses Postens ergibt sich somit für Februar ein Ueberschuß von fast 35,5 Mill. RM. (Januar Passivsaldo 28,4 Mill. RM. und Februar 1929 Passivsaldo 96,3 Mill. RM.).

## Das Steuerprogramm im Reichsrat genehmigt.

Der Reichsrat hat am Sonnabend in einer sehr kurzen Sitzung die Zoll- und Steuervorlage aus dem Finanzprogramm der Reichsregierung genehmigt und somit die Erhöhung des Benzinzolls von 6 auf 10 M. als auch die Einführung des Benzinzolls von 10 M. gebilligt. Die Reichsregierung hat dabei die Erklärung abgegeben, daß sie den Benzinzoll, soweit er eine Mehrbelastung des Flugwesens bedeutet, im Etat zugunsten des Flugwesens berücksichtigen werde. Die thüringische Regierung erklärte, daß sie die Zoll- und Steuervorlage ablehnen werde, und zwar wegen der wirtschaftlichen Notlage Thüringens. Der Benzol- und Benzinzoll wurde dann gegen die zwei Stimmen Thüringens genehmigt.

Bei der Veränderung der Zigarettensteuer, die durch Kürzung der Zahlungsschleifen und durch Aufhebung der Zigarettensteuer 32 Millionen Mark einbringen soll, wurde von einigen Staaten Widerspruch erhoben, aber auch diese Vorlage wurde genehmigt, ebenso die Veränderung der Zigarettensteuer, die auch auf eine Verminderung der Zahlungsschleifen hinausläuft. Die Mineralölsteuer wurde mit 40 Mill. M. Ertrag entsprechend dem Finanzprogramm der Regierung zugunsten der Länder angenommen. Bei der Biersteuererhöhung von 3 haben die Ausschüsse mit Zustimmung der Reichsregierung eine Veränderung der Staffelung vorgenommen. Ein Antrag der bane-

rischen Regierung, von der Biersteuererhöhung abzusehen und die Umfasssteuer von 2 auf 1 Prozent zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Die Biersteuererhöhung wurde gegen die Stimmen Bayerns genehmigt.

Die Ausschüsse schlugen eine Herabsetzung der Kraftfahrzeugsteuer in der Form vor, daß der Zuschlag für den Wegebau auf 10 Prozent ermäßigt werden soll. Bayern beantragte statt dessen einen Zuschlag von 15 Prozent. Der bayerische Antrag wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen. — Die Ueberweisung von 50 Millionen der Indufriebeleiung 1930 an die Reichskasse wurde genehmigt.

## Ein landwirtschaftliches Ermächtigungsprogramm?

Die Verhandlungen des Reichsernährungsministeriums vorläufige Ergebnisse.

Der Reichsernährungsminister hat mit den landwirtschaftlichen Sachverständigen der Regierungsparteien die Verhandlungen über besondere Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, insbesondere über Zollfragen, am Sonnabend vormittag fortgesetzt, aber mit dem Ergebnis, daß eine Einigung nicht erreicht werden konnte. Die Vorschläge des Reichsernährungsministers wurden teils von den Sozialdemokraten, teils von den bürgerlichen Fraktionen abgelehnt. Infolgedessen ist man nun zu der Erörterung der Frage gekommen, ob dem Reichsernährungsminister ein Ermächtigungsgesetz gegeben werden soll, auf Grund dessen er ohne Befragung der Parteien bestimmte Hilfsmaßnahmen durchführen und Zollserhöhungen vornehmen kann.

Die Hoffnung einiger Vertreter der bürgerlichen Parteien, daß die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu diesem Ermächtigungsgesetz geben würde, hat sich vollständig nicht erfüllt. Die sozialdemokratischen Vertreter haben sich eine Entscheidung ihrer Fraktion vorbehalten. Die Besprechung über die Agrarfrage soll am Montag abend um 8 Uhr fortgesetzt werden.

## Vor der entscheidenden Abstimmung über das Republikshutzgesetz.

Deutscher Reichstag.

143. Sitzung, Sonnabend, den 15. März.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung stand die dritte Beratung des Republikshutzgesetzes. Nach einer Rede des Abg. Gehele (Komm.), der erklärte, daß kein Unterschied zwischen dem Sozialistengesetz und dem Republikshutzgesetz bestehe, kam dem Sozialdemokraten Dr. Everling (Dnat.) zu Wort und betonte der heutigen Regierung gegenüber, daß Geering nicht ohne seine Unterdrückungspolitik fertig werden könne. „Die Dinte handelt“, so rief der Redner aus, „aus Haß gegen eine Vergangenheit, die größer, tüchtiger und lauter war als die Gegenwart.“

Der Nationalsozialist Stöhr wies die Behauptungen des Ministers Geering über nationalsozialistische Zerlegungsarbeit in Reichswehr und Polizei zurück. Der Abg. Stöder behauptete, die Kommunisten würden die deutsche Sowjetrepublik erkämpfen. Dann wurde die Aussprache geschlossen. Die Abstimmungen sollen erst am Dienstag stattfinden.

Die Novelle zum Schiedsgericht und zum Wechselgesetz, der Gesetzentwurf über die Pflicht zum Antrag auf Eröffnung des Konkurses und des gerichtlichen Vergleichsverfahrens wurden endgültig erledigt. Dann vertagte sich das Haus auf Montag 4 Uhr mit der Tagesordnung: Dritte Beratung des Ministerpensionsgesetzes und Ausban der Angestelltenversicherung.

## Behhebung der thüringischen Regierungskrise.

Reimar. In Thüringen war infolge der Erklärung, die der Innenminister Dr. Fried im Reichstag abgab, ein Zerwürfnis zwischen Nationalsozialisten und der Deutschen Volkspartei, die in Thüringen gemeinsam in der Regierung sitzen, eingetreten, das sich zu einer Art Regierungskrise zugelegt hatte. Es ist den Bemühungen des thüringischen Ministers Baum nach langen Verhandlungen gelungen, im Kabinett eine Einigung herbeizuführen.

Die Pressehefte des Thüringer Staatsministeriums veröffentlicht folgende Erklärung: „Bei der dritten Lesung des Young-Planes hat der thüringische Reichsratsbevollmächtigte und Innenminister, Herr Dr. Fried, eine Erklärung gegen den Young-Plan und gegen die Reichsregierung abgegeben. Herr Dr. Fried war zur Abgabe einer dahingehenden Erklärung nicht beauftragt. Inhaltlich haben sich die Ausführungen des Herrn Innenministers Dr. Fried im Reichstag, am 12. März 1930 mit den Ansichten der Mehrheit der Mitglieder der Landesregierung.“

Ein Sprachermächtigungslehre für Thüringen. Unter den Vorlagen, die dem Landtag von Thüringen zugegangen sind, befindet sich ein Ermächtigungsgesetz, durch das die gesamte Landesverwaltung und der gesamte Verwaltungsaufbau im Hinblick auf die Not von Land und Volk jeweils Vereinfachung und Vereinfachung umgestaltet werden soll. Ferner ist ein Gesetz über die öffentlichen Sparkassen dem Landtag zugegangen, nach dem die Sparkassen verpflichtet werden sollen.